



Wer mitmachen will, darf die DDR nicht mögen. Niemand hat das besser kapiert als die Funktionäre der Linkspartei. Heute stellt sich Bodo Ramelow im Thüringer Landtag zur Wahl zum Ministerpräsidenten

Stillegung

In Bochum läuft heute das letzte Auto vom Band. Interview mit Opel-Betriebsrat Eikenkel

2

Berichterstatte

»Ein Zusammenleben ist nicht mehr möglich.« Linke-Politiker schildern Eindrücke aus der Ukraine

3

Taschenrechner

Sachsen garantiert Lernmittelfreiheit: Anspruch auf nachträgliche Kostenerstattung gibt es nicht

5

Straflosigkeit

Afroamerikaner erwürgt: Weitere Grand Jury in den USA lehnt Anklage gegen weißen Polizisten ab

7

Frostige Grüße aus Moskau



Langer Atem – nicht nur beim Skilaufen: Wladimir Putin im Januar 2010 in Sotschi

Grundsatzrede Putins: Westen hat »jugoslawisches Szenario« zur Zerschlagung Russlands. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung angekündigt. **Von Arnold Schölzel**

Der russische Präsident Wladimir Putin trug am Donnerstag in Moskau seine jährliche »Botschaft an die Föderale Versammlung« den mehr als 1.000 Mitgliedern dieses Gremiums vor. Es setzt sich aus den Mitgliedern beider Kammern des russischen Parlaments, der Regierung, den höchsten Richtern, den Gouverneuren, Vorsitzenden regionaler Parlamente, Vertretern der Religionsgemeinschaften, Repräsentanten anderer Organisationen und Leitern von Massenmedien zusammen. Putin nahm zum Ukraine-Konflikt Stellung und stellte eine Strategie für die wirtschaftliche Entwicklung Russlands in den kommenden Jahren vor. Vorab hatte US-Präsident Barack Obama in Washington bereits seine Benotung des Inhalts der Rede mitgeteilt: Putin verfolge eine »nationalistische und rückwärtsgerichtete« Politik, er verängstige sein Volk.

Der wies in seiner Ansprache zunächst darauf hin, dass auf der Krim im März ein Referendum stattgefunden habe, dem der Beschluss des 2010 gewählten Parlaments der Halbinsel über deren Unabhängigkeit gefolgt sei. Dem habe sich die »historische Wiedervereinigung« der Krim und Sewastopols mit Russland angeschlossen. Die Region habe »gewaltige zivilisatorische und heilige Bedeutung« für Russland, »so wie der Tempelberg in Jerusalem für alle, die sich zum Islam oder zum Judentum bekennen«.

Putin wies darauf hin, dass Russ-

land die Ukraine und alle Republiken der früheren UdSSR bei ihrem Streben nach Souveränität unterstützt habe, daran habe sich »bis heute nichts geändert«. Allerdings habe die »Tragödie im Südosten« die Verurteilung des Staatsstreichs in Kiew durch Moskau bestätigt. Aus der Sicht Putins sind die Sanktionen des Westens gegen Russland nicht nur »eine nervöse Reaktion« auf dessen Position, sondern Teil einer langfristigen Strategie: Diese Instrumente würden sofort angewandt, »wenn Russland jemandem zu stark und zu selbständig« vorkomme. Er erinnerte

„Russland wird sich nicht auf einen Rüstungswettlauf einlassen, es hat Möglichkeiten für »unkonventionelle Lösungen«.

daran, dass in den 90er Jahren Terroristen und Separatisten in Russland als »Kämpfer für Freiheit und Demokratie« offen von außen unterstützt worden seien, dass man »mit Vergnügen« Russland dem »jugoslawischen Szenario des Zerfalls und der Zergliederung« überlassen habe. Das sei nicht gelungen, so wie es Hitler seinerzeit nicht gelungen sei.

Im Anschluss an diese Bemerkung ging Putin auf die Kündigung des

Raketenabwehrvertrages, den er als »Eckstein der internationalen Sicherheit« bezeichnete, durch die USA im Jahr 2002 ein. Seitdem arbeite Washington an einem globalen System strategischer Raketenabwehr. Dieses bedrohe nicht nur Russland und Europa, sondern die ganze Welt und sei auch für die USA gefährlich, denn es nähere »die gefährliche Illusion der Unverwundbarkeit«. Russland werde sich aber nicht auf einen Rüstungswettlauf einlassen, es habe Möglichkeiten für »unkonventionelle Lösungen«. Sein Land werde vielfältige Kontakte ins Ausland knüpfen, selbst

wenn einige Regierungen versuchten, »einen neuen eisernen Vorhang« um Russland zu errichten.

Im innenpolitischen Teil seiner Rede umriss Putin Programme zur Stärkung der verarbeitenden Industrie, zur Stabilisierung des Finanzsystems, der Währung und zur Ausbildung insbesondere technischer Fachkräfte. Die westlichen Sanktionen seien ein Anreiz, die gestellten Ziele schneller zu erreichen. Er verkündete

eine Amnestie für illegal ins Ausland geschafftes Kapital. Bis 2018 werde die Investitionsquote auf 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert, der Export hochwertiger Güter solle sich in drei Jahren um die Hälfte erhöhen. Der Präsident teilte mit, dass Russland in diesem Jahr eine der höchsten Getreideernten in seiner jüngsten Geschichte erzielt habe. Abschließend wandte er sich u.a. der demographischen Entwicklung zu. UN-Experten hätten im Jahr 2000 für Russland bis Ende 2013 einen Rückgang der Bevölkerung auf 136 Millionen Menschen vorhergesagt. Tatsächlich seien es Anfang 2014 fast 144 Millionen Menschen gewesen – Tendenz steigend.

Die Reaktionen auf die Rede Putins in westlichen Hauptstädten fielen nach der Vorgabe Obamas reflexartig aus. Die USA warfen Moskau vor, die Ukraine-Krise immer stärker anzufachen. »Russland liefert weiterhin neue Waffen und verstärkt seine Unterstützung für bewaffnete Separatisten«, erklärte Außenminister John Kerry bei der Jahreskonferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Basel. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier sprach in bezug auf die Krim und den Bürgerkrieg in der Ostukraine von einer unmittelbaren Gefahr für die europäische Friedensordnung.

■ jW dokumentiert eine Übersetzung der Rede des russischen Präsidenten in den Ausgaben von Sonnabend und Montag

Tote nach Anschlag in Grosny



Grosny. Bei einem Überfall von Islamisten in der autonomen russischen Republik Tschetschenien sind am Donnerstag in Grosny mindestens 19 Menschen getötet worden. Laut russischen Behörden seien zehn Polizisten getötet und 28 verletzt worden. Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow sprach laut Interfax von neun getöteten Aufständischen. Zu dem Überfall bekannte sich die islamistische Gruppierung »Kaukasus-Emirat«. Der Angriff ereignete sich wenige Stunden vor der Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Am späten Nachmittag gab die Antiterrorbehörde NAK laut Ria Nowosti bekannt, dass »die aktive Phase der Sonderoperation« beendet sei. In den Gebäuden, wo sich die Angreifer verschanzt hatten, seien selbstgebaute Bomben sowie Waffen und Munition sichergestellt worden. (AFP/dpa/Ria Nowosti/jW)

Kanzleramt ließ NSA mit Daten beliefern

Berlin. Die Datenweitergabe an den US-Geheimdienst NSA während der »Operation Eikonal« kam laut Bundesnachrichtendienst (BND) mit Hilfe des Kanzleramts zustande. Bei »Eikonal« reichte der BND von 2004 bis 2008 Daten aus einem wichtigen Internetknotenpunkt an die NSA weiter. Der »Eikonal«-Projektleiter des BND sagte am Donnerstag vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages, die Deutsche Telekom habe Zweifel gehabt, ob es rechtens sein würde, wenn er dem BND Zugang zu Telefon- und Internetdaten gibt. Eine Bestätigung – seines Wissens nach aus dem Kanzleramt – habe genügt, den Konzern von der Rechtmäßigkeit der Aktion zu überzeugen, sagte der Zeuge. Der BND-Nachrichtentechniker wies zugleich einen Bericht der Süddeutschen Zeitung von Anfang Oktober zurück, wonach es dem Geheimdienst misslang, die Daten von Deutschen komplett herauszufiltern. (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 1602 Genossinnen und Genossen (Stand 5.11.2014)
 www.jungewelt.de/lpg

